



Positionspapier des Bundes der Deutschen Landjugend zum Jahresthema (Mit)bestimmung

Beteiligung von Jugend in der Politik

Der Bund der Deutschen Landjugend mit seinen 18 Landesverbänden vertritt die Interessen von Jugendlichen, in ländlichen Regionen. Als Jugendverband ist das Thema Mitbestimmung und Beteiligung ein zentraler Bestandteil der von uns geleisteten Arbeit. Die Entscheidung das Thema (Mit)bestimmung als Jahresthema für 1996 zu wählen, dokumentiert diese Bedeutung für uns.

Durch unsere demokratische Struktur bieten wir Jugendlichen in ländlichen Regionen die Möglichkeit, sich auf vielfältigen Ebenen zu engagieren, sich in Gesellschaft und Politik einzumischen und Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Dadurch hin wird Mitbestimmung als ein selbstverständlicher Bestandteil der Jugendverbandsarbeit vermittelt.

Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft umfaßt politische, soziale, kulturelle und ökonomische Aspekte. Besondere Beachtung wird in der derzeitigen öffentlichen Diskussion der sogenannten „Politikverdrossenheit“ Jugendlicher gewidmet, die sich bei näherer Betrachtung vielmehr als Parteien- oder sogar Systemverdrossenheit herausstellt. Trotz der derzeit unbefriedigenden Partizipation Jugendlicher sind über 30% politisch interessiert und beteiligen sich in den konventionellen Formen der Politik. Darüber hinaus gibt es noch ein wesentlich höhere Bereitschaft, auf neuen Wegen an Entscheidungen mitzuwirken. Die Niedersächsische Kommunalwahl im September 1996 hat unter Beweis gestellt, daß Jugendliche - auch unter 18 - mit dem Wahlrecht verantwortungsvoll umgehen und dieses Recht annähernd in gleichem Umfang wie „Erwachsene“ wahrnehmen.

Leider ist das Vertrauen zu dem heutigen System der repräsentativen Demokratie und den darin tätigen Personen, -nicht nur- bei Jugendlichen sehr gering, da sich ihre Prioritäten politischer Probleme nicht im tatsächlichen politischen Geschehen widerspiegeln. In dieser „Stellvertreterpolitik“ sind Jugendliche sowohl in ihrer Zahl, als auch mit ihren Problemen unzureichend vertreten.

Wir fordern daher:

- * Beteiligungsrechte und Entscheidungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen sind auszubauen. Jugendpolitik ist Querschnittspolitik. Daher sind Jugendliche an allen sie betreffenden Fragen zu beteiligen. Solche Mitbestimmungsrechte sind rechtlich z.B. in den Kommunalverfassungen zu verankern.
- * Jugendverbände, müssen bei den für Ihre Mitglieder relevanten Entscheidungen angehört werden.
- * Politische Entscheidungsstrukturen müssen transparent sein und so gestaltet sein, daß sie auf Bedürfnisse Jugendlicher Rücksicht nehmen.
- * Größere Präsenz jugendlicher Belange in den Medien, z.B. durch mehr selbstverwaltete Sendezeit in den elektronischen Medien.
- * Jugendliche dürfen nicht länger von selbstverständlichen Bürgerrechten wie dem Wahlrecht ausgeschlossen werden. Wir fordern das aktive Wahlrecht für alle Bürger ab 16 Jahren.

- Eine sinnvolle Zusammenarbeit von Ländern und Kommunen um die Strukturen der Jugendverbandsarbeit zu unterstützen. Klare verbindliche gesetzliche Bestimmungen und Zuständigkeiten für die Pflichtaufgaben von Ländern und Kommunen.
- Eine sinnvolle Ergänzung der finanziellen Mittel von Ländern und Kommunen, um die Jugendarbeit vor Ort zu sichern, da Kinder- und Jugendarbeit überwiegend vor Ort geleistet wird.
- Ausreichende, langfristige und kontinuierliche Finanzierungssicherheiten, denn unsere Arbeit ist eine langfristige, vorbeugende und gestaltende Leistung und kann nicht allein durch kurzfristige Projekte bestehen.
- Langfristig finanzierte Stellen für hauptamtliche MitarbeiterInnen, die ehrenamtliche Strukturen aufbauen und erhalten sowie die Tätigkeit ehrenamtlicher Kräfte begleiten bzw. unterstützen.
- Eine größere Transparenz und bessere Handhabbarkeit der Förderrichtlinien.
- Räume, die den Interessen von Jugendlichen entsprechen und von ihnen eigenständig gestaltet werden können.

Jugendlichen eine Zukunft geben heißt, sie stärker zu beteiligen. Mehr (Mit)bestimmung für junge Menschen zu ermöglichen, bedeutet: Sie ernst zu nehmen und sich für eine lebendige Demokratie einzusetzen.



Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements

Der Bund der Deutschen Landjugend hat über vielfältige Aktionen, Veranstaltungen und Gespräche unterschiedliche Aspekte von (Mit)bestimmung beleuchtet. (Mit)bestimmung von Kindern und Jugendlichen, das wurde deutlich, muß auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens stärker verankert werden.

In diesem Positionspapier wollen wir die beiden zentralen Schwerpunkte im Rahmen unseres Jahresthemas 1996 „Förderung und Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements“ und zum anderen die „Förderung und Absicherung der Jugendarbeit“ beschreiben:

1. Unser Jugendverband lebt vom ehrenamtlichen Engagement. Eine demokratische Gesellschaft ohne ehrenamtliches Engagement ist nicht denkbar. Damit eine ehrenamtliche Tätigkeit in Zeiten immer höherer Anforderungen an Professionalität und abnehmender gesellschaftlicher Anerkennung für junge Menschen attraktiv bleibt, muß ehrenamtliche Tätigkeit gesellschaftlich höher anerkannt und besser gefördert werden.

2. Jugendarbeit im ländlichen Raum braucht zuverlässige Unterstützung. Voraussetzung für eine kontinuierliche Jugendarbeit sind gesicherte Arbeitsplätze, sowie eine finanzielle Absicherung der Jugendarbeit.

Wir fordern daher:

- Ehrenamtliches Engagement muß politisch höher bewertet werden. Es müssen konkrete politische Maßnahmen erfolgen, die günstige gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen für eine ehrenamtliche Tätigkeit schaffen. Politische Strukturen müssen den Bedürfnissen Jugendlicher entsprechen und die Meinung überparteilicher Jugendverbände berücksichtigt werden.
- Eine ehrenamtliche Jugendverbandsarbeit gibt es in unserem wirtschaftlichen System nicht zum Nulltarif. Nur über eine materielle Absicherung z.B. Steuerliche Freibeträge, Anrechenbarkeit ehrenamtlichen Engagements auf das Studium usw. bleibt das Ehrenamt für junge Menschen attraktiv (siehe Anlage „Forderungen des Ehrenamtes“).
- Von besonderer Bedeutung sind Freistellungsregelungen für Ehrenamtliche. Wir brauchen eine bundeseinheitliche Bildungsurlaubsregelung in Anlehnung an das hessische Bildungsurlaubsgesetz. Außerdem brauchen wir eine bundesweite einheitliche Sonderurlaubsregelung für ehrenamtlich Tätige, die ihnen die Möglichkeit einräumt, bei Fortzahlung der Bezüge an 15 Arbeitstagen ihren ehrenamtlichen Aktivitäten nachzugehen. Der Anspruch auf Sonderurlaub darf nicht das Recht auf Bildungsurlaub beschneiden. Bei leitender Jugendverbandsarbeit müssen Studienplätze in unmittelbarer Nähe zur Verfügung gestellt werden. Für Schülerinnen und Schüler sind Unterrichtsfreistellungen für ehrenamtliches Engagement erforderlich.

Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements

Der Bund der Deutschen Landjugend hat über vielfältige Aktionen, Veranstaltungen und Gespräche unterschiedliche Aspekte von (Mit)bestimmung beleuchtet. (Mit)bestimmung von Kindern und Jugendlichen, das wurde deutlich, muß auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens stärker verankert werden.

In diesem Positionspapier wollen wir die beiden zentralen Schwerpunkte im Rahmen unseres Jahresthemas 1996 „Förderung und Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements“ und zum anderen die „Förderung und Absicherung der Jugendarbeit“ beschreiben:

1. Unser Jugendverband lebt vom ehrenamtlichen Engagement. Eine demokratische Gesellschaft ohne ehrenamtliches Engagement ist nicht denkbar. Damit eine ehrenamtliche Tätigkeit in Zeiten immer höherer Anforderungen an Professionalität und abnehmender gesellschaftlicher Anerkennung für junge Menschen attraktiv bleibt, muß ehrenamtliche Tätigkeit gesellschaftlich höher anerkannt und besser gefördert werden.

2. Jugendarbeit im ländlichen Raum braucht zuverlässige Unterstützung. Voraussetzung für eine kontinuierliche Jugendarbeit sind gesicherte Arbeitsplätze, sowie eine finanzielle Absicherung der Jugendarbeit.

Wir fordern daher:

- Ehrenamtliches Engagement muß politisch höher bewertet werden. Es müssen konkrete politische Maßnahmen erfolgen, die günstige gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen für eine ehrenamtliche Tätigkeit schaffen. Politische Strukturen müssen den Bedürfnissen Jugendlicher entsprechen und die Meinung überparteilicher Jugendverbände berücksichtigt werden.
- Eine ehrenamtliche Jugendverbandsarbeit gibt es in unserem wirtschaftlichen System nicht zum Nulltarif. Nur über eine materielle Absicherung z.B. Steuerliche Freibeträge, Anrechenbarkeit ehrenamtlichen Engagements auf das Studium usw. bleibt das Ehrenamt für junge Menschen attraktiv (siehe Anlage „Forderungen des Ehrenamtes“).
- Von besonderer Bedeutung sind Freistellungsregelungen für Ehrenamtliche. Wir brauchen eine bundeseinheitliche Bildungsurlaubsregelung in Anlehnung an das hessische Bildungsurlaubsgesetz. Außerdem brauchen wir eine bundesweite einheitliche Sonderurlaubsregelung für ehrenamtlich Tätige, die ihnen die Möglichkeit einräumt, bei Fortzahlung der Bezüge an 15 Arbeitstagen ihren ehrenamtlichen Aktivitäten nachzugehen. Der Anspruch auf Sonderurlaub darf nicht das Recht auf Bildungsurlaub beschneiden. Bei leitender Jugendverbandsarbeit müssen Studienplätze in unmittelbarer Nähe zur Verfügung gestellt werden. Für Schülerinnen und Schüler sind Unterrichtsfreistellungen für ehrenamtliches Engagement erforderlich.